Thüringer Landtag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/8085
zu Drucksache 7/4200
26.05.2023

B e s c h l u s s e m p f e h l u n g

des Ausschusses für Europa, Kultur und Medien

zu dem Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/4200 -

Aufarbeitung des SED-Unrechts fortsetzen - Zeitgemäße Erinnerungskultur befördern

Berichterstatter: Abgeordneter Herrgott

Beratungen:

Durch Beschluss des Landtags in seiner 76. Sitzung am 18. März 2022 wurde der Antrag an den Ausschuss für Europa, Kultur und Medien überwiesen.

Der Ausschuss für Europa, Kultur und Medien hat den Antrag in seiner 33. Sitzung am 29. April 2022, in seiner 35. Sitzung am 8. Juli 2022, in seiner 37. Sitzung am 16. September 2022, in seiner 40. Sitzung am 9. Dezember 2022, in seiner 41. Sitzung am 27. Januar 2023 und in seiner 47. Sitzung am 26. Mai 2023 beraten sowie ein schriftliches Anhörungsverfahren durchgeführt.

Beschlussempfehlung:

Der Antrag wird in folgender Fassung angenommen:

"I. Der Landtag stellt fest:

1. 2022 wurde mit vielfältigen dezentralen Veranstaltungen an den 70. Jahrestag der Schließung der innerdeutschen Grenze erinnert sowie der Opfer, die durch die Teilung Deutschlands und das tödliche SED-Grenzregime ums Leben kamen, gedacht.

2. In Thüringen gestaltete eine Vielzahl von Trägern der Erinnerungskultur sowie der politischen Bildung ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm, um in angemessener Weise an die Teilung Deutschlands und die damit verbundenen furchtbaren Folgen und ihre Opfer zu erinnern.

3. 2023 bietet die Erinnerung an den sich zum 70. Mal jährenden Aufstand vom 17. Juni 1953 die Möglichkeit, sowohl den Charakter der DDR als Unrechtsstaat zu beleuchten als auch an Widerständigkeit, Opposition und Selbstermächtigung in der DDR zu erinnern.

Druck: Thüringer Landtag, 30. Mai 2023

4. Die inzwischen wirksam gewordene Eingliederung des Stasi-Unterlagenarchivs in das Bundesarchiv ist exemplarisch für die Veränderung der Aufarbeitungsstrukturen. Innerhalb Thüringens wird diese Veränderung für die Weiterentwicklung der Aufarbeitungslandschaft genutzt. An den bisher drei Standorten des Stasi-Unterlagen-Archivs in Gera, Suhl und Erfurt werden regionale Zentren der Erinnerungsarbeit und Demokratiebildung entstehen, an denen die künftigen Büros zur Antragstellung, Beratung und Information des Stasi-Unterlagenarchivs mit den lokalen Akteurinnen der Erinnerungsarbeit und einer landesweiten Anlaufstelle zur Beratung für Menschen mit Diktaturerfahrung verknüpft sind. Dadurch wird die dezentrale Aufarbeitungslandschaft der zivilgesellschaftlichen Initiativen und Vereine betont.

5. In diesem Sinne wurde auch der Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gestärkt.

6. Die Landesregierung führt die interministerielle Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung unter Einbeziehung des Landtags fort.

II. Die Landesregierung wird deshalb aufgefordert, bis zum 1. Quartal 2023 ein Konzept für die Erinnerung an den 70. Jahrestag des 17. Juni 1953 zu erarbeiten und dem zuständigen Fachausschuss des Landtags zuzuleiten sowie bei der Umsetzung dieser Maßnahmen folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Das Konzept soll unter Einbeziehung der Institutionen und zivilgesellschaftlichen Initiativen und Vereine zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Museen und Gedenkstätten sowie den Akteurinnen und Akteuren der schulischen und außerschulischen politischen Bildung erarbeitet werden und öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen und Publikationen vorsehen.

2. Berücksichtigt werden soll in den Veranstaltungen und Publikationen insbesondere die Perspektive der Betroffenen, deren Existenz, Leben und Freiheit durch das SED-Regime eingeschränkt oder gänzlich missachtet wurden. Dabei sollen jene zusätzlich besonders in den Blick genommen werden, die durch ihr politisches Engagement in den frühen 1950er Jahren in den Fokus des SED-Regimes geraten sind.

3. Für die Erinnerung an den 70. Jahrestag des Aufstands vom 17. Juni 1953 sollten neben Orten und beispielhaft handelnden Akteurinnen und Akteuren des Volksaufstands, das "Widerständige Verhalten in Thüringen der frühen 1950er Jahren" in den Blick genommen werden. Da es am 17. Juni 1953 schwerpunktmäßig in Ostthüringen zu Protesten kam, sollen so auch andere Protestformen jener Zeit in allen Teilen Thüringens angemessen berücksichtigt werden.

4. Die Formate der Erinnerungsarbeit sollen insbesondere ein junges Publikum ansprechen und dieser Zielgruppe die Verweigerung elementarer Freiheiten und demokratischer Rechte in der SED-Diktatur und den demokratischen Kampf um eben diese Rechte und Freiheiten vermitteln."

Mitteldorf
Vorsitzende